

Denn ihre Ordnung ist auf Sand gebaut

Auch wenn die Novemberrevolution sehr früh von der Sozialdemokratie verraten wurde und so viele ihrer Errungenschaften nicht dauerhaft sichern konnte, so hat sie doch eins ganz klar gezeigt: Nichts bleibt so wie es ist. Weder die eigene persönliche Situation, noch die Gesellschaftsformation in der wir leben, ist von Gott gegeben oder ein nicht veränderbares Schicksal.

Wenn wir uns zusammenschließen aufgrund unserer gemeinsamen Interessen, wenn wir unsere FreundInnen, NachbarInnen und KollegInnen dazu bringen sich gemeinsam mit uns für Verände-

rung einzusetzen, dann können wir früher oder später an die Veränderungen von vor 100 Jahren anschließen und voller Überzeugung mit den Worten Rosa Luxemburgs ausrufen: „Eure Ordnung ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höh' richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war- ich bin- ich werde sein!“

Der Wunsch und das Streben der Menschen nach Veränderung, nach Gerechtigkeit und einem guten Leben für alle kann und wird sich auf Dauer nicht unterdrücken lassen. Schließen wir uns also zusammen und setzen uns heute schon für die Veränderungen von Morgen ein.



PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOn](https://www.facebook.com/PerspektiveOn)
t.me/perspektiveon
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
 Frankfurter Str. 18
 51065 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Bilder 1, 2: pixabay.com - CC0, <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>
 Bild 2: Rheinmetall Defence - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>
 Bild 3: Bundesarchiv, Bild 183-18594-0045 - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>
 Bild 4: Gemeinfrei

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 20 | November 2018

www.perspektive-online.net

Unsere Freiheit stirbt mit ihrer „Sicherheit“

– von Paul Gerber –

Freiheit oder Sicherheit? Oft genug wird uns dieser scheinbare Widerspruch vorgezogen. Wir müssten uns entscheiden. Das eine würde eben nur auf Kosten des anderen funktionieren heißt es immer wieder. Aber stimmt das überhaupt?

Ja, um wessen Sicherheit geht es hier überhaupt? In den Medien wird uns immer wieder gesagt, wir würden in „unsicheren Zeiten“ leben. Alles würde gefährlicher werden, Moral und Sitten würden verrohen und die Menschen hätten

keinen Respekt mehr voreinander, geschweige denn vor dem Eigentum anderer. Sicher mag der oder die ein oder andere LeserIn diesen Aussagen zustimmen, doch stimmen sie überhaupt?

Fakten oder FakeNews?

Zunächst müssen wir feststellen: Das was uns hier in erster Linie präsentiert wird, hat recht wenig mit der Realität zu tun! Alle Fakten sprechen gegen die oben stehenden Aussagen und doch

spiegeln sie das Denken und Fühlen vieler Menschen in Deutschland wieder. Und genau um diese künstlich erzeugte Stimmung geht es. Sie wird von den großen Medien und rechten Hetzern a la AfD, CSU und Co. produziert um ihr reaktionäres Programm durchzuziehen: Aufrüsten! Aufrüsten! Aufrüsten!

Neue Polizeigesetze werden in fast allen Bundesländern verabschiedet oder sind wie in Bayern und Baden-Württemberg bereits in Kraft. Damit werden die





Befugnisse der Polizeien massiv erweitert. Sie werden mit Spionageprogrammen ausgestattet, mit militärischen Waffen ausgerüstet und können bald ohne eine richterliche Anordnung Menschen für Wochen ins Gefängnis sperren. Damit soll unsere Sicherheit garantiert werden?

Ja, wovor sollen wir denn eigentlich geschützt werden? Seit Jahren werden fast täglich Anschläge auf die Unterkünfte von Geflüchteten in Deutschland verübt. In den vergangenen Monaten sind immer wieder rechte Terrorgruppen aufgefliegen, in deren Umfeld nicht selten V-Leute von Polizei und Verfassungsschutz platziert waren.

Parallel dazu werden Menschen durch Öffentlichkeitsfahndungen und Medienstigmatisierung förmlich gejagt, ohne dass überhaupt veröffentlicht wird, welche Straftat diese Person ver-

mutlich begangen haben soll. Das haben wir im vergangenen Jahr nach den G20-Protesten in Hamburg sehen können. Nun hat auch die Polizei in Berlin eine solche Fahndung im Zusammenhang mit dem 1. Mai gestartet. Gleichzeitig randalieren tausende Faschisten in Chemnitz, MigrantInnen werden durch die Stadt gejagt und mehrere Restaurants angezündet.

Also wer soll hier geschützt werden?

Die in den vergangenen Jahren und jetzt getroffenen Maßnahmen sprechen eine deutliche Sprache. Es geht hier nicht um Kriminalitätsbekämpfung, sondern darum, sich für zukünftige Situation ein breites Feld an Bestrafungs- und Verfolgungswerkzeuge zu schaffen. Die heutigen „Sicherheitsgesetze“ und die technische, finanzielle und logistische Aufrüstung von Polizei, Militär und Geheimdiensten sind vor allem auf die

Aufstandsbekämpfung gerichtet. Sie sind so konzipiert, dass sie Protestbewegungen schon im Kleinen mit Repressionen überziehen und sie im Keim ersticken können.

Die Aufrüstung und die neuen Polizeigesetze sind damit unmittelbare Notwendigkeit, um das hier und jetzt, um den Status quo zu erhalten. Sie sollen die herrschende Ausbeutung von uns ArbeiterInnen, uns Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen in Stein meißeln. Sie sollen den Wunsch und das Streben nach einer besseren und gerechteren Welt ersticken und uns die Hoffnung auf Veränderung nehmen.

Genau deshalb müssen wir uns gegen diese Gesetze auflehnen und dürfen uns nicht weiter in unserer Freiheit einschränken lassen. Denn die Sicherheit der Herrschenden bedeutet nur die Beibehaltung von Ausbeutung und Armut.

Die Zukunft selbst in die Hand nehmen!

– von Kevin Hoffmann –

Immmer mehr Menschen fühlen sich von der herrschenden Politik nicht mehr ernst genommen und vertreten. Immer mehr Menschen sehen, dass die Entscheidungen in Politik und Gesellschaft nur den Interessen der Reichen und dem Machterhalt einiger weniger dient. Immer mehr Menschen sagen und zeigen ihren Willen nach Veränderung.

Doch was kann ich tun?

Oft wird uns erzählt, wir könnten ja doch nichts verändern. Die Dinge wären nun mal so wie sie

sind. Und wenn wir uns nur lange genug anstrengen würden, dann könnten wir vielleicht auch ein paar Krümmel mehr vom Kuchen abbekommen. Doch ist das wirklich so? Sind wir ganz alleine und können ja doch nichts tun?

Wir können alles verändern!

Die Geschichte zeigt uns, dass es auch anders geht! Anfang November jährt sich zum 100. Mal die Novemberrevolution in Deutschland. Nach vier Jahren des unentwegten Mordens im Namen von Königen, Kaisern und Großindustriellen im Ersten Weltkrieg, haben

sich die Menschen in Deutschland von der Herrschaft der Monarchie befreit. Allen voran die Soldaten und ArbeiterInnen, die Jugendlichen und Frauen.

Nach dem Vorbild der Oktoberrevolution 1917 in Russland und ausgehend von den zwangsweise als Matrosen eingezogenen Arbeitern in den norddeutschen Hafenstädten Kiel, Hamburg und Bremen in den ersten Novembertagen der Aufstand gegen die Herrschenden und ihren Krieg. Bis zum 9. November greift der Aufstand auf ganz Deutschland über und erreicht auch die Hauptstadt Berlin. Überall werden nach dem Vorbild der KommunistInnen in Russland Arbeiter- und Soldatenräte gewählt, die Herrschenden entmachtet, das Schicksal selbst in die Hand und die Macht in Deutschland übernommen.



„Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der (...) so tief eingewurzelt war, dass er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. (...) Gestern früh war, in Berlin wenigstens, das alles noch da. Gestern Nachmittag existierte nichts mehr davon.“ so das Berliner Tageblatt am 10. November 1918.